



## Nordbremer SPD bezieht Stellung: Mehr als nur eine Frage der Zeit

**Die Fusion der SPD-Unterbezirke Stadt und Nord sollte eigentlich zum 1. April vollzogen werden. Doch die Landesschiedskommission hat überraschend ihr Veto eingelegt. Was der Nordbremer Unterbezirk dazu sagt.**

16.03.2024, 08:00 Uhr



Von [Alioscha-Marcello Dohme](#)

**Laut des SPD Unterbezirks Bremen-Nord hat der Landesvorstand ein Friedensangebot abgelehnt.**

Der [SPD](#)-Landesvorstand wollte die Unterbezirke Stadt und Nord zu einem Unterbezirk fusionieren lassen. Doch die Landesschiedskommission der Partei hat sich in dieser Woche überraschend gegen einen solchen Zusammenschluss ausgesprochen. Damit muss sich nun die Bundesschiedskommission mit dem Fall befassen. Ursprünglich wollte der Landesvorstand die Fusion zum 1. April vollziehen. Doch dieser Termin dürfte nun nicht mehr zu halten sein.

Ihr Veto begründete die Landesschiedskommission dem [Landesvorstand](#) zufolge damit, dass der Unterbezirk Bremen-Nord nicht genügend Zeit gehabt hätte, um die Fusion ausführlich zu diskutieren. Das sehen die Vorsitzenden der Nordbremer SPD, Ute Reimers-Bruns und Niels Heide, jedoch anders, wie sie schriftlich mitteilen. "Die Behauptung, die Landesschiedskommission hätte sich ausschließlich auf die mangelnde Zeit für eine ausführliche Diskussion gestützt, wird den tatsächlichen Gründen für ihr Veto nicht gerecht", heißt es. "Die Kommission erkannte vielmehr eine Reihe von fundamentalen Bedenken an, die wir in unserem Widerspruch gegen die geplante Fusion vorgebracht haben." Der

Zeitfaktor sei dabei nicht das einzige, aber das schwerwiegendste Argument gewesen. Schließlich führe es dazu, dass die Willensbildung innerhalb der Parteibasis missachtet wurde.

## **VERSCHIEDENE ARGUMENTE GEPRÜFT**

Dass der Landesvorstand den Prozess überhaupt angestoßen hat, begründete er unter anderem damit, dass der Nordbremer Unterbezirk mit seinen rund [430 Mitgliedern](#) kaum noch lebensfähig sei. Zudem sei er finanziell instabil, was zur Folge hätte, dass keine Kampagnen mehr möglich wären. In diesem Zusammenhang verweisen Heide und Reimers-Bruns auf drei Argumente, die die Landesschiedskommission genannt und geprüft habe. Dabei handele es sich um organisatorische Verfahrensabläufe, die politische Implikation der Prozesse sowie die finanziellen Auswirkungen. "Im Zuge der organisatorischen Abläufe wurde dann der Zeitrahmen – richtigerweise – gerügt", so die Nordbremer SPD. "Was der Landesvorsitzende nicht erwähnt, ist die Tatsache, dass die Landesschiedskommission dem Unterbezirk Bremen-Nord auch bei den Fragen der politischen Implikation und der finanziellen Auswirkungen recht gegeben hat."

Denn die finanzielle Grundlage des Unterbezirks sei solide. Dadurch könne die Partei effektiv Kampagnen führen und ihre politischen Ziele nachhaltig verfolgen. "Die Argumentation für eine Fusion aufgrund angeblicher finanzieller Schwächen findet in der Realität keine Grundlage", so Reimers-Bruns und Heide. "Die Landesschiedskommission hat dem Unterbezirk Bremen-Nord recht in der Argumentation gegeben, dass es versäumt wurde, auch auf die Finanzen der anderen Verfahrensbeteiligten einzugehen." Der Landesvorstand habe zwar über die Finanzsituation des Unterbezirks Bremen-Nord philosophiert, jedoch nicht über die der Landesorganisation und des Unterbezirks Bremen-Stadt.

Die Fusionspläne sorgten nicht nur im Bremer Norden für Kritik, sondern auch in der Seestadt. "Bei der Frage der politischen Implikation wurde dem Unterbezirk Bremerhaven von der Landesschiedskommission recht gegeben, der uns als Verfahrensbeteiligter in dieser Auseinandersetzung an der Seite steht", heißt es. "Die Landesschiedskommission erkennt an, dass ein möglicher Zusammenschluss für den Unterbezirk Bremerhaven politisch negative Auswirkungen hätte."

## FRIEDENSANGEBOT VORGELEGT

Die politische Arbeit der Nordbremer SPD sei durch bemerkenswerte Erfolge und ein hohes Engagement geprägt. "Diese Erfolge sind das Ergebnis einer tiefen Verwurzelung in der lokalen Gemeinschaft und einer Politik, die auf die spezifischen Bedürfnisse und Herausforderungen des Bremer Nordens zugeschnitten ist", befinden die Vorsitzenden. "Eine [Fusion](#), die diese erfolgreiche Struktur gefährdet, widerspricht nicht nur dem Grundsatz der politischen Zweckmäßigkeit, sondern ignoriert auch die starke lokale Identität und Autonomie unserer Mitglieder."

Die Nordbremer Sozialdemokraten hätten versucht, auf ihre Parteikollegen zuzugehen. "Das jüngst vom Unterbezirksvorstand Bremen-Nord unterbreitete Friedensangebot, welches eine konstruktive Basis für Dialog und Aussöhnung innerhalb der SPD Bremen schaffen sollte, wurde vom Landesvorstand abgelehnt", erklärt Heide. "Dieser Schritt verdeutlicht eine besorgniserregende Unnachgiebigkeit seitens des Landesvorstands, die selbst vor dem Hintergrund einer klaren Entscheidung der Landesschiedskommission und der offensichtlichen Notwendigkeit, die Einheit und Stärke der Partei zu wahren, an ihren Fusionsplänen festhält."

	<p>Ute Reimers-Bruns Foto: SPD-Fraktion</p>		<p>Niels Heide Foto: SPD Land Bremen/Patrice Kunte</p>
---	---	--	--